

mitte drin

Ausgabe 06 / 2016 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Mindestrente statt Altersarmut!

Von Matthias W. Birkwald MdB, Rentenpolitischer Sprecher und Parlamentarischer Geschäftsführer für DIE LINKE. im Bundestag

Bis vor wenigen Wochen erntete man als LINKER Rentenpolitiker nur Kopfschütteln. Jetzt wird eine LINKE Forderung nach der anderen bejubelt:

Der Sinkflug des Rentenniveaus soll gestoppt werden, Horst Seehofer will die Riesterrente abwickeln, die Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die gesetzliche Rente wird gefordert. Entscheidend wird sein, wie Union, SPD und Grüne ihre rentenpolitische Rolle rückwärts begründen. Jahrelang haben sie behauptet, dass die gesetzliche Rente gekürzt werden muss, um die Sozialausgaben zu begrenzen und die angeblich drohende demographische Zeitbombe zu entschärfen. Außerdem müssen sie erklären, warum sie 15 Jahre für Riester getrommelt haben, um die von ihnen willkürlich gerissene Lücke in der Rentenversicherung zu schließen.

Trotz staatlicher Milliardenförderung ist Riester gescheitert: Die Zahl der Riesterrenten stagniert ebenso wie die Zahl der betrieblichen



Renten. Ihre Renditen sinken ins Bodenlose. Gefüllt haben sich nur die Taschen der Versicherungswirtschaft. Diesem Eingeständnis müsste eine Kampfansage an die Versicherungskonzerne folgen. Und konkrete Gesetze, die die Rentenreformen der Jahrtausendwende

rückgängig machen. Die jährlich eingesparten drei Milliarden Euro Riester-Förderung könnten sofort in die gesetzliche Rentenversicherung fließen.

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Sie ziehen besser gleich aus – wir modernisieren!

Das „empfiehlt“ die Hausverwaltung „Helvetica“ ihren Mietern im Haus Zwinglistraße 36. Sie hat einen „Mieterberater“ damit beauftragt, der schon über Monate mit dieser „Warnung“ durchs Haus zieht. Rainer Scholz hat sich erkundigt. Bei den Mietern.

Fortsetzung auf Seite 5 ▷

Stadtdebatte – Alte Mitte – neue Liebe? Wie weiter?

Ein erstes Ergebnis liegt vor. Es wurden zehn Bürgerleitlinien erarbeitet, Das Berliner Abgeordnetenhaus muss jetzt konkrete Schritte vorgeben. Das fordert Katrin Lompscher, MdB der LINKEN und Mitglied des Bauausschusses. Markus Wollina berichtet.

Fortsetzung auf Seite 6 ▷

Stadtspaziergang mit Carola Bluhm, MdB der LINKEN

Dieses Erlaufen des Stadtgebiets gehört zu Carola Bluhms Arbeit als Abgeordnete. Sie berichtet über den praktischen Nutzen für ihre politische Arbeit. Wie immer schildert auch Irene Runge Erlebtes und Sehenswertes von ihren Streifzügen durch Mitte.

Fortsetzung auf Seite 6 u. 7 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

Samstag, 25. Juni 2016
ab 10 Uhr, Rosa-Luxemburg-Platz

Programm unter www.fest-der-linken.de

**Fest
der
Linken**

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr

Aus der BVV

Alles elektrisch in der Karl-Marx-Allee

Auf der Fischerinsel wird weiter gestolpert

Was soll man dazu sagen? Auch im Mai verlief die BVV-Tagung wieder weitestgehend ruhig und sachlich, ohne den ganz großen Schlagabtausch. Gut so, der „heiße“ Wahlkampf steht ja ohnehin noch bevor. Zwei Dinge scheinen aber dennoch erwähnenswert.

Da wäre zunächst das Formel-E-Rennen in der Karl-Marx-Allee. Diese Veranstaltung beschäftigte ja nicht nur die Kommunalpolitik über viele Wochen. Dabei dürften die Meinungen darüber, ob so eine Veranstaltung überhaupt sehenswert ist oder nicht, bei Liebhabern und Gegnern von Autorennen naturgemäß unterschiedlich ausfallen. Dass aber damit der Vorzug von Elektroautos beworben wird oder dass das Gebiet rund um die Karl-Marx-Allee so auch einmal jenseits der Diskussion über städtebauliche Neugestaltungspläne rund um den Alexanderplatz eine mediale Aufwertung erhält, sind sicherlich zur Haben-Seite zu zählen. Ein dickes Kontra taucht jedoch auf, betrachtet man das Ganze unter dem Sicherheitsaspekt. Haben wir in Berlin denn nicht an anderer Stelle eine eigens für solche Spektakel gebaute Rennstrecke?

Nun gut, man kann dem Bezirksamt zwar nicht vorwerfen, sich für das Rennen an diesem prominenten Ort stark gemacht zu haben. Doch wie sieht es eigentlich mit der Erhebung von Sondernutzungsgebühren (eigentlich üblich bei derartigen Veranstaltungen) aus? Hier steht die Summe von immerhin ca. 240.000 € im Raum. Keiner weiß so genau, wer und wie, aber irgendwie hat der Senat hier zu verstehen gegeben: „Macht ma nich, wa.“ Baustadtrat Spallek (CDU) zeigt sich seltsam gelassen: „Vielleicht kriegen wir die entgangenen Einnahmen ja über die Basiskorrektur.“ Soll heißen: Eventuell gibt's die Knete dann später mal nachträglich vom



Senat, als Ausgleichszahlung sozusagen. Die Antwort auf die Anfrage der Grünen, welche weiteren Schritte er nun aber plane, um sich diesbezüglich gegenüber dem Senat durchzusetzen, blieb er leider schuldig. Immerhin: Das von den Organisatoren an mehreren Stellen neu asphaltierte Straßenland geht zu deren Kosten. Sollten hier nach dem Spektakel Wiederherstellungsarbeiten notwendig werden, werde man dies ebenfalls den Veranstaltern in Rechnung stellen, so Spallek auf eine Nachfrage aus der Linksfraktion.

Und die zweite Sache? Tja, die hätte man auch im „Eulenspiegel“ lesen können. Im März hatte die BVV auf Initiative der LINKEN das Bezirksamt ersucht, die Wegeverbindung zwischen der Wallstraße zur Fischerinsel über die Inselbrücke und Inselstraße von einem Parkweg zu einem Verkehrsweg umzuwidmen. Damit würde die Verantwortung für die Unterhaltung der Straßenverkehrsbehörde übertragen. Zudem sollten bestehende Gehwegschäden durch das Bezirksamt umgehend beseitigt werden. In der nun präsentierten Antwort des Bezirksamts liest sich dann nach einigen nur bedingt nachvollziehbaren formalen Argumenten der Satz: „Ein rechtliches und sachliches Erfordernis einer Erschließung der Wohnanlage über den Parkweg besteht nicht, da eine ordnungsgemäße Erschließung des Gebäudes Fischerinsel 2 über die vorhandene Erschließung gewährleistet ist“. Also: Wer lieber nicht stolpern möchte, geht bitte fortan einfach den langen Weg. Mehr Zeit einplanen nicht vergessen. Vielen Dank für Ihr Verständnis! Problem gelöst, oder?

Falko Looff

Initiativen der Linksfraktion

► Mündliche Anfragen:

Bäume noch zu retten in der Ifflandstr. 1 – 4 (Drs. 2759/IV) in der BVV direkt beantwortet

Verhindern Spatzen den Abriss des Wohngebäudes Wilhelmstraße 56 – 59? (Drs. 2764/IV) wird schriftlich beantwortet

Außerschulische Lernorte landesgesetzlich verankert – Alle drei Standorte der Jugendverkehrsschule sichern und entwickeln (Drs. 2768/IV) wird schriftlich beantwortet

Rattenbefall Spielplatz Ottopark (Drs. 2770/IV) wird schriftlich beantwortet

Barrierefreiheit Wahllokale (Drs. 2771/IV) wird schriftlich beantwortet

► Große Anfragen:

Leerstand und Zweckentfremdung (Drs. 2722/IV) in der BVV direkt beantwortet

Zielvereinbarung für das Jahr 2016 zwischen Jobcenter, Arbeitsagentur und Bezirksamt (Drs. 2730/IV) wird schriftlich beantwortet

► Anträge:

Verkehrsberuhigung in der Barfusstraße (Drs. 2726/IV) beschlossen

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE. mit **Rechtsanwalt André Roesener**

• **an jedem ersten Mittwoch des Monats** von 17 bis 19 Uhr im **Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“** der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und

• **an jedem dritten Mittwoch des Monats** im **Kreativhaus**, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

Jeden Mittwoch im Monat

kostenlose Beratung zu **Sozialrecht**

(Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und

Arbeitsrecht durch die Rechtsanwältin

Nina Jenny Soest und Christian Wisch

von 17 bis 19 Uhr (keine Anmeldung erforderlich) im **LinksTreff**, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28 70 57 51

Jeden 4. Mittwoch im Monat

von 14 bis 16 Uhr

kostenlose Mieterberatung

im **Karl-Liebknecht-Haus**, Raum 523, Kleine Alexanderstraße 28, 10178

Die Linke – Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Montag von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im **Rathaus Mitte**, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65

kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Konservativ, reaktionär, nationalistisch, rechtspopulistisch

Der AfD-Programmwurf

Die AfD hat sich auf ihrem Parteitag in Stuttgart als das entpuppt, was sie ist: eine konservativ-reaktionäre, nationalistische und rechtspopulistische Partei.

Hinter dem Versprechen einer Alternative verbirgt sich die Rückkehr zur verstaubten, autoritären, hierarchisch gegliederten und patriarchal strukturierten Gesellschaft der 1950er Jahre. Alle emanzipatorischen Erregungenschaften, die sich mit dem Stichwort „1968“ verbinden, sollen rückgängig gemacht werden. Nation und nationale Politik jenseits europäischer und internationaler Einbindung soll nach den Vorstellungen der AfD zum Leitfadener der Politik werden. Die Nation begreift sie als völkisch definierten Schutzraum vor den Gefahren der Globalisierung. Sozialpolitisch stellt sich die AfD als Vertreterin der angeblichen Leistungsträger der Gesellschaft dar.

Einige zentrale Punkte aus dem Programm:

Privat vor Staat: neoliberaler Blickwinkel in der Sozialpolitik

„Nur ein schlanker Staat kann daher ein guter Staat sein“, mit diesem neoliberalen Bekenntnis zum Rückzug des Staates vor allem aus seiner Rolle als sozialer Anker für schwache Gruppen der Gesellschaft bekräftigt die AfD ihre ideologische Herkunft aus den bürgerlichen Eliten.

- Gewerbesteuer soll überprüft, Vermögenssteuer abgeschafft und Erbschaftssteuer ersatzlos gestrichen werden
- Steuerdaten deutscher Steuerbetrüger will die AfD dem Zugriff der Behörden entziehen

National statt international: Militarisierung und nationalistische Außenpolitik

Gegen den Gedanken der europäischen Integration steht die Partei für „ein Europa der Vaterländer“ und eine Rückabwicklung der EU zu einer Freihandelszone. Den Euro will die AfD in jedem Fall verlassen, notfalls soll darüber eine Volksabstimmung entscheiden.

• Ausbau und Aufrüstung der Bundeswehr
• Weitere Militarisierung der Außenpolitik

Flucht und Migration als Diskurs der Bedrohung

Zuwanderung erscheint einzig und allein als Bedrohung: Bedrohung deutscher Kultur, Bedrohung deutscher Frauen, Bedrohung des



wirtschaftlichen Erfolgs, Bedrohung der schulischen Leistungsfähigkeit und immer wieder Bedrohung durch Kriminalität, die durchweg



DIE LINKE. unmissverständlich

mit Migrantinnen und Migranten in Zusammenhang gebracht wird.

- Muslimische Religionsausübung einschränken
- Zuwanderung allein nach Interessen des deutschen Kapitals

Familien- und Geschlechterbild

Neben Menschen, die die AfD aufgrund ihrer Herkunft oder ihres Glaubens nicht zur deutschen Leitkultur rechnet, richtet sich der Programmwurf vor allem gegen Frauen und alle Lebensentwürfe, die einem konservativen Familienbild widersprechen.

- Traditionelle Familienvorstellung
- Frauen sollen sich stärker auf Mutterrolle besinnen

Fazit

Das Programm zeigt, dass die AfD nicht die Partei der „kleinen Leute“ ist, sondern vor allem die herrschenden ungerechten Verhältnisse stabilisieren will.

Gerd Wiegel

Fortsetzung von Seite 1: **Mindestrente statt Altersarmut!**

Andrea Nahles präsentierte kürzlich zwei Gutachten zur Reform der Betriebsrenten. In einem steht: Die befragten Arbeitgeber haben kein Interesse an betrieblicher Altersversorgung. Geringverdienende haben kein Geld für noch mehr private Vorsorge. Sie vertrauen ihr nicht und die Doppel- und Dreifachverbeitragung mit Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen schreckt sie ab. Sie wollen keine Ausweitung der sogenannten Entgeltumwandlung, weil sie damit ihre gesetzliche Rente kürzen. Das ist ein

klares Plädoyer für die Stärkung der gesetzlichen Rente.

Wer echte Teilhabe der Älteren will, muss die Kürzungsfaktoren aus der Rentenanpassungsformel streichen und zu einem Rentenniveau von 53 Prozent zurückkehren. So wie es im Jahr 2001 war, bevor Rot-Grün die Rente ruinierte. Das würde durchschnittlich verdienende Beschäftigte nur 34,34 Euro im Monat kosten.

DIE LINKE sagt schon seit Langem, dass an einer Stärkung der gesetzlichen Rente und

an einer echten Mindestsicherung im Alter kein Weg vorbei führt.

Würden die Arbeitgeber ihren gerechten Beitrag leisten und die Riestermilliarden aller Beteiligten in die gesetzliche Rentenkasse gezahlt, wäre eine lebensstandardsichernde gesetzliche Rente finanzierbar. Für Geringverdienende brauchen wir einen armutsfesten gesetzlichen Mindestlohn von zwölf Euro. Und es braucht eine echte Solidarische Mindestrente. Das Ziel ist klar: Niemand darf im Alter von weniger als 1.050 Euro netto leben müssen!

Menschen in Mitte

Ein Leben am TV-Mischpult: Bettina Beissert

Bettina Beissert will unbedingt noch die Lena kennenlernen. „Dieser imposante Strom zwischen Baikal und Laptevsee im Nordosten Russlands fehlt mir noch in meiner Sammlung von Schiffsreisen und Kreuzfahrten“, erklärt die unternehmungslustige Berlinerin.

Eigentlich wollte sie ja Kapitän werden, war aktiv in einem GST-Segelklub, bewarb sich an der Seefahrtsschule Wustrow. Doch ihr Vater brachte sie noch rechtzeitig auf eine völlig neue und nun für sie lebensbestimmende Idee: vor Weihnachten 1952 begann in Adlershof das Fernsehversuchsprogramm. Bettina arbeitete sich dort von einer Hilfskraft über ein Fernstudium an der Filmhochschule Babelsberg zur Chefin der Abteilung Bildmischung des DDR-Fernsehens empor.

In Tempelhof geboren, in Pankow aufgewachsen, wohnt die 80-jährige schon seit einem halben Jahrhundert in Mittes Schillingstraße. Das Fernsehen war ihr Leben. „Bis 1990 war ich als Bildmischerin bei allen politischen und kulturellen Höhepunkten zwischen Rostock und Suhl dabei. Ich saß in Studios und Übertragungswagen bei den Livesendungen von sämtlichen Parteitag, bei Staatsbesuchen, internationalen Kongressen, Festivals oder Großkonzerten, über 100 Mal bei „Da liegt Musik drin“ im Haus der heiteren Muse in Leipzig“, denkt sie zurück. Aber auch bei zahlreichen Fernsehfilmen wie die Trilogie „Neuland unterm Pflug“ war sie die Verbindungsfrau zwischen den Regisseuren, Ton- und Bildingenieuren und Kameraleuten. „Unvergesslich bleibt für mich der letzte SED-Parteitag in der Dynamosporthalle, wo Gregor Gysi mit einem Besen die neue Etappe der Partei einleitete.“

Als am 31. Dezember 1990 in Adlershof die Lichter ausgingen, war Bettina Beissert plötzlich arbeitslos. „Aber dort gearbeitet zu haben, war für viele von uns ein Qualitätsbonus“, vermerkt sie. Als Freiberuflerin fand sie bald wieder Beschäftigung. Für elf Jahre bei Dieter Hallervorden in Berlin, drehte mit ihm die „Spot Lights“. Für den MDR saß sie in Dresden am Bildmischpult für „Riverboat“. Viele Jahre stand ihr Name auf dem Abspann der Daily Operas „Marienhof“ und „Sturm der Liebe“ bei Bavaria München für ARD. „Ich arbeitete mit Vicco von Bülow (Loriot), Hella von Sinnen und vielen anderen TV-Prominenten.“



Ausruhen mit 80? Für Bettina Beissert ein Fremdwort

„Mehr auf unsere Mitmenschen zugehen, sie verstehen“

Nach diesem spannenden Leben, in dem sie immer unterwegs war, oft mehr in Hotels nächtigte als zu Hause in Berlin, denkt Bettina Beissert längst nicht ans Ausruhen. Seit den 70-er Jahren engagiert sich die Mutter einer Tochter für die Volkssolidarität, organisiert heute als Hauptkassiererin mit ihren zwölf Helferinnen für die über 100 Mitglieder ihres Kiezes vielfältige Zusammenkünfte mit Künstlern und Schriftstellern, Feiern zum Frauentag oder zu Weihnachten, Tagesfahrten in den Spreewald oder die Lüneburger Heide. Lieblingstreff ist dabei „Ännchen von Tharau“, das nette Restaurant nahe der Jannowitzbrücke.

Jetzt – vor den Berliner Landtagswahlen – denkt sie an größere Begegnungen mit Menschen ihres Wohngebietes, an Gesprächsrunden mit Direktkandidaten der DIE LINKE., der sie seit vielen Jahren angehört. „In dieser komplizierten Zeit, in der die Gesellschaft immer weiter auseinanderdriftet und Rechtspopulisten an Zuspruch gewinnen, müssen wir wieder mehr auf unsere Mitmenschen, unsere Nachbarn und Sympathisanten zugehen, mit ihnen reden, ihre Sorgen verstehen.“

Aber auch noch eine Schiffsreise auf dem Rhein plant Bettina Beissert für 2016. Die Lena muss noch etwas warten.

Matthias Herold

Kurznachrichten

► Fast jede vierte Wohnung in Berlin ist Eigentumswohnung.

Vom Gesamtwohnungsbestand in Berlin sind 23 Prozent Eigentumswohnungen. Im Jahr 2015 wurden über 17.400 Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt, mehr als doppelt soviel wie im Vorjahr. Die meisten Wohnungen wurden 2015 in Pankow und Friedrichshain-Kreuzberg verkauft, zusammen etwa 7.000 frühere Mietwohnungen.

► Bauboom zum Jahresbeginn 2016

Kräftigen Zuwachs gab es bei allen Gebäudearten – vom Einfamilienhaus bis zu größeren Mietshäusern. In den ersten drei Monaten wurden 84.000 Baugenehmigungen erteilt. Beflügelt wurden die Planungen offenbar durch die Notwendigkeit, Wohnraum auch für Flüchtlinge zu schaffen.

► Interessant für ausländische Investoren – die Bundesrepublik

Im vergangenen Jahr hat Deutschland so viele ausländische Investoren angezogen wie nie zuvor. Die Gesellschaft „German Trade & Invest“, (GTAI), meldet fast 2.000 „Ansielungsobjekte“, die mit 6,2 Milliarden Euro „angestoßen“ worden seien. Das könnte 30.000 Arbeitsplätze ergeben. Deutschland mache bei Investoren Pluspunkte mit seinem „großen Markt, stabilen Rahmenbedingungen und guter Binnenkonjunktur“, sagt die Gesellschaft.

► Aber DIHK klagt: Uns gehen die Gründer aus!

Eric Schweitzer, Präsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) registrierte im Jahr 2015 nur 205.000 Beratungsleistungen für Betriebsgründungen – den vierten Negativrekord in Folge. „Weniger gute Ideen bedeuten weniger Erfolg für Deutschland“, sagte Schweitzer.

Wir gratulieren im Juni zum Geburtstag!

- Zum 93. Wilhelmine Schnoor
- zum 92. Barbara Koritzky
- zum 90. Hermann Kant
- zum 89. Maria Kühne, Vera Tenner
- zum 88. Berndt Spekker
- zum 86. Friederun Fessen, Eveline Luckmann, Erika Präg
- zum 85. Ruth Klein
- zum 84. Günther Behncke, Harry Gelhaar, Hildegard Ritschel
- zum 83. Günter Herlt, Hasso Schlieffe
- zum 81. Hans Lindenau
- zum 80. Gretchen Binus, Dieter Keidel, Siegfried Rastig, Christa Schmidt
- zum 75. Klaus-Dieser Ernst, Renate König, Jürgen Rummel, Manfred Wettler

Bei anderen gelesen

► **Pfleger des Kapitalismus**

Es gibt Momente der Wahrheit und Klarheit. Das Kapital hat sich globalisiert. Die Menschen nicht. Der Vorteil liegt beim Kapital. Sich dagegen zu wehren, das war die Aufgabe der Politiker. Sie haben versagt. Es hat ein politischer Umbruch begonnen, dessen Ende nicht abzusehen ist. Der Protest gegen das System kommt heute von rechts. Das ist die traurige Dialektik der Macht. Die Sozialdemokraten haben erst ermöglicht, was ihnen nun den Garaus macht. Sie waren Pfleger am Krankenbett des Kapitalismus. – Jakob Augstein in

„Der Spiegel“, 14.05.2016

► **Mehr Polizei – mehr Sicherheit**

Die Kriminalität steigt – Berlin wächst – und der Polizei fehlt es an Personal. Die Einsatzbelastung der Beamten ist gestiegen. Seit 2001 wurde bei der Berliner Polizei massiv Personal abgebaut. Die Gewalttaten gegen Polizisten nehmen zu. Im vergangenen Jahr wurden in Berlin 7000 Beamte angegriffen. Man könnte die für die unsinnige Bundeswehr vorgesehenen Mittel besser dazu verwenden, mehr Polizisten und Sozialarbeiter einzustellen.

Lesermeinung von Harry Plewer in

„Frankfurter Allgemeine“, 20.05.2016

► **Wann kommt der Knall?**

Die Situation der großen Koalition ist desolat. Statt zu regieren, beschäftigen sich die Regierungsparteien nur noch mit sich selbst. Unweigerlich stellt sich die Frage: wie lange kann das so weitergehen? Der Erdbeben vom 13. März wirkt nach. Doch inzwischen fressen sich die Zweifel durch die Parteien, die Unruhe wächst, die Zentrifugalkräfte nehmen zu. Es scheint inzwischen so, als bringe die große Koalition nicht mehr die Kraft auf, um die Legislaturperiode geordnet und mit solider Regierungsarbeit zu Ende zu bringen. Ein Schrecken mit Ende wäre dann allemal besser als quälende Lethargie bis zum bitteren Ende.

„Cicero“, 09.05.2016

► **Klasse und Masse an Hochschulen**

Volle Hörsäle gehören für die meisten Studenten zum Alltag. Die Bundesregierung treibt das Auseinanderdriften in Klasse und Masse im Hochschulbereich voran. Die Schaffung von 1000 zusätzlichen Tenure-Track-Professoren ändert nichts daran, dass sich der absolute Großteil des wissenschaftlichen Personals in Kettenbefristungen und Kurzzeitverträgen befindet. Die Mehrzahl der Hochschulen bleibt nach wie vor unterfinanziert.

„Junge Welt“, 21.05.2016

Vermieter in Moabit:

„Wir empfehlen Ihnen den Auszug!“

In der Moabiter Zwinglistraße 36 ist ein von der Hausverwaltung „Helvetica“ beauftragter „Mieterberater“ mit dieser Aufforderung über Monate durchs Haus gegangen. Seine Begründung: „Nach der Modernisierung können Sie sich das sowieso nicht mehr leisten!“

sich heraus, dass die Zwinglistraße 36 im Sanierungsgebiet Turmstraße liegt und dass im Sanierungsgebiet auch für Modernisierungsvereinbarungen besondere, etwas günstigere Bedingungen gelten – vor allem dann, wenn sich Hausgemeinschaften bilden und Druck machen. Alarmiert von den Mietern hat die



Dreiste Vermieter-Praktiken in der Zwinglistr. 36

Den Mietern wurde der Auszug „empfohlen“, da sie mit circa eineinhalb Jahren Baustellenzzeit rechnen müssten. Sie könnten ja in Ersatzwohnungen ziehen. Geplant seien unter anderem eine Fassadendämmung, der Dachgeschossausbau, der Einbau einer Zentralheizung sowie die Neugestaltung des Hofes. Die meisten Wohnungen haben jedoch bereits Gasetagenheizung sowie ein neues Bad und sind in sehr gutem Zustand.

Nichtsdestotrotz wurde den Mietern im persönlichen Gespräch mit dem „Mieterberater“ hohe Mietsteigerungen bis zur Verdoppelung der Miete angekündigt. Ein Drittel der Wohnungen steht bereits leer. Eine Mieterin meinte: „Das Schlimmste ist, dass wir völlig in der Luft hängen. Wir wissen weder, ob wir ausziehen sollen, noch wann die Bauarbeiten beginnen oder was genau geplant ist.“ Vermutet wurde unter anderem, dass letztlich Eigentumswohnungen geplant sind, obwohl der Eigentümer das bestreitet. Denn warum sonst werden die leeren Wohnungen nicht mehr vermietet?

Auf einem Stadtteilplenum im Nachbarschaftshaus „Stadtschloss Moabit“ stellte

Bezirksverwaltung ein Sozialplanverfahren eingeleitet und die Mieter erhalten Rechtsanwalts-Beratung. Allerdings werden sich dadurch nur bestimmte Abmilderungen, vor allem für Transferbezieher, erreichen lassen.

Die Wahlkreis Kandidaten der LINKEN im Moabiter Kiez, Anisa Fliegner und Steve Rauhut, wollen sich deswegen für bezahlbare Mieten besonders bei Modernisierungen einsetzen. Sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene ist dies ein großes Anliegen der Partei DIE LINKE.

Rainer Scholz

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an

info@die-linke-berlin-mitte.de

Mit besten Grüßen

Die Redaktion der „mittendrin“

Vieler Leute Öffentlichkeit

Die Hitze kommt und geht, Bäume tragen noch fettes Grün, eine einzige Pappel lässt alle husten und weißt Straßen, Autos wie Fensterbretter.

Sonnenbänke sind im gepflegten Monbijou-park begehrt, hingegen geniert einen die verkommene Grünanlage auf der anderen Seite der S-Bahn, die seit 2007 James-Simon-Park heißt. Dieser bedeutende Mäzen hat wahrlich mehr Respekt seitens seiner Stadt verdient!

Zehn Tage war ich krank. Zwischenzeitlich verschwand der düstere Bier-Späti Ecke Große Hamburger/Krausnickstraße, wurden dort die Räume groß und hell. Jetzt gibt es praktische Keramik aus dem sächsischen Schmölln. Muntere Töpferinnen und Töpfer bieten zum Plausch gern auch eine Tasse Kaffee. Nur Schritte weiter werkelt es im neuen Eckhaus Oranienburger. Auf Englisch sagt jemand, ich könne bald Kleidung kaufen, die direkt aus Istanbul kommt. Vielleicht mit starkem türkischen Tee?

Derweil hat die Akademie der Künste am Hanseatenweg das „Recht auf Öffentlichen Raum“ ausgestellt und debattiert. Der klugen Idee zum Trotz kann ich dem hochgestochenen

Diskurs trotz der Texte, Videos, Fotos, Sitz- und Hör-Nischen, Blickachsen und Bildwerke nicht folgen. Das Beispiel Ackerstraße macht mich ratlos: Geschichte ist klar, Zukunft nicht erkennbar. Das ist Nachbarschaft von außen. Die urbane Gemeinschaft klebt am Beispielhaften, die Menschen fehlen.

Konkret bemerke ich Tage danach erstmals, dass man am Hauptbahnhof kleine, sogar nette öffentliche Plätze auf der Rückseite versteckt hat, dass die öden hellen Betonkisten fast durchweg Hotels sind. Diese Plätze scheinen überflüssig, aber unter der Brücke gibt es eine Currywurstbude und wartende Taxen ohne Ende.

Berlin sollte sich um mehr baulichen Charme bemühen. Nicht erst 2050, wenn die Jugend von heute 34 Jahre älter geworden ist und das Tempelhofer Feld Bäume, Bänke, Toiletten und andere Menschlichkeiten haben wird. Bis dahin wird wohl weiterhin unterhalb der Kanzlerfestung ungeniert in die kühlende Spree gesprungen, wobei das Flussbad Berlin die passende Ergänzung wäre. Auf eins scheint jedoch Verlass: Im Alten Zollpackhof gegenüber der Kanzlei heben Münchner



Keine Pracht zwischen Prachtbauten

Biere und deftige bayrische Küche des Volkes Laune, das demokratisch geschützt von großen Bäumen, ganz wie zu Fontanes Zeiten, auf vorbeiziehende Dampfer sieht. Sofern Videowände nicht zum öffentlichen Fußball einladen. Die öffentlichsten Orte Deutschlands bleiben die Biergärten. **Irene Runge**

Wie geht es weiter mit der Berliner Mitte?

Die Berliner Mitte als ein öffentlicher, grüner Ort für alle; ein dynamischer Ort für Kultur, Demokratie und Geschichtserleben – dieses Leitbild war Ergebnis des Bürgerbeteiligungsverfahrens „Stadtdebatte: Alte Mitte – neue Liebe?“ im letzten Jahr.

Zahlreiche Berlinerinnen und Berliner hatten sich ausdauernd an den verschiedenen Diskussionsformaten beteiligt, um die Zukunft des Gebietes zwischen Fernsehturm und Spreeufer, zwischen Karl-Liebknecht-Straße und Rathausstraße mitzugestalten.

Zehn Bürgerleitlinien gingen als Ergebnis aus dem Verfahren hervor, fünf weitere Thesen wurden als „strittig“ bzw. „überwiegend abgelehnt“ dokumentiert. Mit einiger Verzögerung wurde das Dokument im April dem Abgeordnetenhaus übergeben und passierte am 5. Mai den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr, der bei Enthaltung der Grünen und eines Mitglieds der Piraten einstimmig beschloss, von einer Stellungnahme abzusehen. Die Abgeordnete der LINKEN und Mitglied des Bauausschusses Katrin Lompscher meint dazu: „Die Bürgerleitlinien sind in



Mehrheit gegen Umsetzung des Neptunbrunnens

einem breiten Verfahren mit viel Engagement der Beteiligten entstanden und müssen die Grundlage für das weitere Verfahren bilden. Darüber scheint es bei den Abgeordneten nicht viel Dissens zu geben. Entscheidend ist, dass das Abgeordnetenhaus jetzt konkrete Prozessempfehlungen für das weitere Verfahren gibt. Daher begrüßen wir, dass die Leitlinien nun umgehend im federführenden Stadtentwicklungsausschuss behandelt werden, so dass der Prozess nicht weiter verzögert wird.“

Wichtig sei allerdings auch, dass der Übergang von der breiten Bürgerbeteiligung zur Diskussion im Abgeordnetenhaus nicht zu einem Rückfall hinter die Transparenz der Stadtdebatte führe. „Die Bürgerinnen und Bürger sollten weiterhin Informations-, Mitwirkungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten haben, auch was die Fragestellungen bei der Vertiefung des Verfahrens angeht“, so Lompscher.

Die Erarbeitung konkreter Planungen für die Berliner Mitte ist auch nötig, weil für das Gebiet an anderer Stelle bereits Fakten geschaffen werden. So würde die Umgestaltung des angrenzenden Molkenmarktes in ihrer aktuell vom Senat geplanten Form den Verkehr auf der Spandauer Straße noch verstärken und damit den Anspruch auf Verkehrsberuhigung und bessere fußläufige Vernetzung der verschiedenen Gebiete von vornherein unterlaufen. Die Berlinerinnen und Berliner sind also gut beraten, sich weiter nach Kräften in die Debatte um die Berliner Mitte einzumischen, damit ihr Charakter als grün geprägter Freiraum nicht verloren geht, sondern weiterentwickelt wird. **Markus Wollina**

Stadt erlaufen – Lesermeinungen erwünscht

Stadtspaziergang – das klingt ein bisschen behäbig, gemütlich, langweilig? Manch eine oder einer ist vielleicht an die Sonntage der Kindheit erinnert, als ganze Familien in feine Klamotten stiegen, um spazieren und am Ende Eis essen zu gehen.

Es geht aber auch politisch. Für mich jedenfalls sind Stadtspaziergänge schon lange fester Bestandteil meiner Arbeit als Abgeordnete. Es gibt so viele Themen, über die man beim Gehen und Schauen diskutieren kann. Das war zum Beispiel während der Stadtdebatte um die neue, alte Berliner Mitte zwischen Alexanderplatz und Spree so. Vor Ort und gemeinsam mit anderen werden gute Ideen geboren. Zugleich kann man überlegen, wie man sich gegen hochtrabende, aber oft nicht sonderlich tiefeschürfende Pläne von oben mit lebens-tauglichen Vorschlägen von unten wider-setzen kann. Sei es, wenn integrative Kon-zepte entstehen, die der Logik des Marktes etwas entgegensetzen, Skylines rund um den

Alexanderplatz geplant oder Quartiere gen-trifiziert werden, wertvolles Bauland mitten in der Stadt in private Hände verschoben wird. Und das, obwohl nun feststeht, was schon vor langer Zeit klar war: In Berlin sind die Mieten um 31 Prozent höher als zulässig. Auch wenn unser Bundesland am 1. Juni 2015 als erstes eine Mietpreisbremse eingeführt hat. Die ist mit ihren Lücken und Ausnah-meregungen löchriger als der berühmte Schweizer Käse.

Aber zurück zu den Stadtspaziergängen. Die Themen liegen auf der Straße: Wo überall ist mit welchen fadenscheinigen Begründun-gen Grund und Boden privatisiert worden und was entsteht auf diesen Arealen? Wie und wo bewegen sich eigentlich die Flücht-linge durch die Stadt? Welche Schlafplätze finden Obdachlose noch im Zeitalter der Party- und Shoppingmeilen? Wie gut ist die Stadt für Fahrradfahrende? Wie steht es mit der Barrierefreiheit? Wie kinderfreundlich ist Berlin-Mitte? Warum sieht es nach einem sonnigen Wochenende in den Parks aus, als



wäre ein Hurrikan durch die viel zu wenigen Papierkörbe gefegt? Wie hundefreundlich ist Berlin?

Expertinnen und Experten gibt es für all diese und noch viel mehr Themen. Kluge Menschen, die uns etwas erzählen können, und im besten Fall machen wir aus den Er-zählungen etwas.

Ich möchte Sie, liebe Leserin, lieber Leser, ausdrücklich ermuntern, Vorschläge zu un-terbreiten. Welches Thema interessiert Sie gern dabei, worüber möchten Sie mehr erfahren, über welche Probleme würden Sie im Rah-men eines Stadtspaziergangs mit anderen diskutieren? Ich bin gespannt und freue mich auf Ihre Anregungen.

Ihre Carola Bluhm

Starker Tarifabschluss in der Metallindustrie

Mit einem starken Abschluss endete im Mai die Tarifbewegung in der Metall- und Elektroindustrie. Im Juni erhalten alle Beschäftigten in den tarifgebundenen Betrieben eine Einmalzahlung von 150 Euro. Ab Juli gibt es 2,8 % mehr Geld, neun Monate später, am 1. 4. 2017, erneut 2,0 % mehr.

Damit hat die IG Metall erneut eine starke Entgelterhöhung für ihre Mitglieder und die Beschäftigten in den tarifgebundenen Unternehmen erkämpft. Wochenlang hatten sich die Verhandlungen hingezogen. Immer wieder mussten die Beschäftigten Druck machen mit Protestaktionen, seit Ende April auch mit Warnstreiks. Bundesweit waren nach Gewerkschaftsangaben über 700.000 Beschäftigte bei den Warnstreiks und Protesten dabei: Bei uns in Mitte waren insbesondere die Metallerrinnen und Metal-ler von Siemens Energy in der Huttenstraße in Moabit mit Warnstreiks und Protesten auf der Straße dabei, um Druck auf die Arbeitgeber aufzubauen. Auch andere Beschäftigte im Bezirk wie bei Conti und Brose in der Sickingenstraße in Moabit, in

Betrieben wie Pierburg, Otis, Bosch, Mercedes, BMW, Procter & Gamble, General Electric usw. bekommen jetzt mehr Geld. Selbst die Beschäftigten in den Vodafone-Läden werden durch den Abschluss mehr Geld bekommen. Auch dort gelten nämlich IG Metall-Tarifverträge.

Die Arbeitgeber hatten sich wie immer bis zum Schluss gewehrt – „viel zu teuer“, „Das gefährdet Arbeitsplätze“, „Die Lohnstückkosten sind schon viel zu hoch“ lauteten ihre immer gleichen „Argumente“. Tatsächlich hat die IG Metall mit dem

Abschluss erneut eine Reallohnsteigerung herausgeholt – die Entwicklung der letzten Jahre zeigt unsere Grafik.

Einen Wermutstropfen gab es am Ende bei den Entgelten der Auszubildenden. Die steigen zwar auch um 2,8 bzw. 2%. Aber die IG Metall hatte für die Azubis noch eine zusätzliche Anhebung um 20 bis 25 Euro im Monat „on top“ herausholen wollen, so dass die Azubis in diesem Jahr faktisch fast 5% mehr Geld bekommen. Das ist noch nicht durchgesetzt – im September wird weiter verhandelt.

Rüdiger Lötzer

Am 21. Mai war Berlins Mitte Schauplatz des 33. AVON-Frauenlaufes durch den Tiergarten. 17.241 Frauen und Schülerinnen hatten sich angemeldet und rannten bei sommerlichen Wetter durch unseren Bezirk.

(Foto: Matthias Thiel)



Das ist das Letzte

Der letzte Aufschrei der Spezis für den Mieterschutz lautet: „Die Berliner Durchschnittsmieten sind im Schnitt 31 % zu hoch!“ 10% Aufschlag sind erlaubt. Draufgeld bei Neubauten und Sanierungen auch. Doch die „Mietpreisbremse“ gegen Spekulanten bremsst nicht. Politik und Justiz müssen nachbessern. Das Wahljahr macht nun müde Parteien munter und betroffene Mieter sauer. Die „Armutsbremse“ bremsst auch nicht richtig: „12,5 % der deutschen Einwohner sind „armutsgefährdet“. Bei Mitbürgern mit Migrationswurzeln sind es 26,7 % - mehr als doppelt so viele. Wenn dann einer bei ALDI mit „Mundraub“ erwischt wird, freut sich die AfD und weint das Grundgesetz. Die „Drogenbremse“ greift auch nicht: „Allein im Bezirk Neukölln wurden voriges Jahr 28 tote Rauschgiftopfer aufgesammelt. Das sind doppelt so viele wie im Vorjahr – eine volle Busladung! Wie komplex arbeitet der geschrumpfte Jugendschutz? Die „Autobremsen“ funktionieren auch ungenügend. Die Opfer unter den Radfahrern und Fußgängern werden nicht weniger – nur in den Statistiken zur Selbstberuhigung der Regierenden im Wahljahr. Die „Baupreisbremsen“ haben noch nie richtig gebremst. Die Überbietung der Kalkulation stieg von 50 % bis auf 200 % - vor allem, wo der Staat zahlt. Die fetten Diäten der Entscheidungsträger lassen offenbar eine Hornhaut gegenüber dem Wucher wachsen? Wenn doch wenigstens die „Nazibremse“ bremsen würde! Nach dem Rekord an brennenden Flüchtlingsheimen plant der Privatsender RTL eine TV-Serie über „die menschlichen Züge des Herrn Hitler“. Vielleicht gibt es dafür in Bälde den „Goldenen Reichsadler“ überreicht von Frau Petri? Die einzige Bremse die funktioniert, ist die Bremse für alternative Anträge der Linken. Die werden von CDU und SPD totgeschwiegen. Deshalb dürfen wir nicht scheinbar tot sein – auch wenn kein Wahljahr wäre!

Arthur Paul

„Syrien wird zehn Jahre ein Problem bleiben.“

Tammam Daher (25) aus Homs, Syrien



Wie lange bist du schon in Deutschland?

Seit 4 Monaten, in Berlin.

Und wie geht es dir hier?

Normalerweise ist das Leben gut, aber wenn ich zum LAGESO gehe oder ein anderes Amt, muss ich lange warten. Jetzt warten wir auf die Aufenthaltsgenehmigung. Die Situation macht mir Stress.

Warum?

Ohne Aufenthaltsgenehmigung gibt es zu wenig Geld, ich kann nicht studieren, arbeiten und kein Praktikum machen. Ich vergesse mein Wissen.

Klingt anstrengend, trotzdem sagst du „Ja“ zu Deutschland?

Meine Stadt Homs ist komplett zerstört. Es war sowieso mein Plan für einen Teil meines Studiums oder später nach Deutschland zu kommen. Aber dass ich jetzt als Flüchtling komme, habe ich nicht gedacht.

Was machst du jetzt in Berlin?

Ich bin in einem Sprachkurs-Spezialprogramm an der TU Berlin. Das ist super!

In Syrien hast du auch studiert, oder?

Ja, ich habe einen Bachelor of Arts in Electrical Engineering. Mein Ziel ist ein Master in Elektrotechnik. Danach möchte ich Homs wieder aufbauen helfen. Aber ich glaube, dass Syrien für 10 Jahre ein Problem bleibt.

Gibt es etwas, was die Politik besser machen könnte?

Ich denke, die humanitäre Situation hier ist sehr gut, aber die politische Situation ist schlecht. Deutschland bzw. Europa könnte viel mehr unternehmen, um den Konflikt im Nahen Osten zu beenden. Aber offensichtlich wollen sie es so.

Und die Bürokratie ist so unmodern. Wir haben jetzt Internet und E-Mails, aber sie bestehen auf Briefpost. Natürlich braucht es Bürokratie, aber muss sie so langsam sein?

Noch etwas?

Ich schätze die Freiheiten, die wir hier ausleben können. Meinungs- und Pressefreiheit. Dafür kamen wir nach Deutschland. In Syrien hatten wir viel Geld, aber keine Würde, keine Freiheit.

Interview: Andreas Wiebel

Hilfe konkret

In den vergangenen Monaten flohen hunderttausende Menschen vor Krieg, Verfolgung und Armut nach Deutschland. Viele von ihnen leiden unter der Entwurzelung und den traumatischen Erlebnissen, aber auch unter der unsicheren und teils menschenunwürdigen Aufenthaltssituation. Dies kann zur Entstehung von psychischen Erkrankungen beitragen. Geflüchtete haben jedoch aufgrund ihres Aufenthaltsstatus und der Versorgungssituation nur eingeschränkten Zugang zur regelhaften Gesundheitsversorgung und somit kaum Aussicht auf eine psychotherapeutische Behandlung. Eine zeitnahe Behandlung psychischer Erkrankungen ist aber unerlässlich, da sich sonst das Risiko von langfristigen Beeinträchtigungen erhöht. Psychische Gesundheit ist eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben!

PsychotherapeutInnen in Ausbildung der Berliner Akademie für Psychotherapie (BAP) und der Psychologischen Hochschule Berlin

(PHB) haben daher das Projekt „Therapie für Geflüchtete“ gegründet, bei dem Kurzzeittherapien im Umfang von 15 Sitzungen für erwachsene Geflüchtete angeboten werden. Mithilfe von etablierten Therapieverfahren soll eine erste psychische Stabilisierung erreicht werden, um die Geflüchteten in ihrer neuen Lebenssituation zu stärken. Erfahrene SupervisorInnen begleiten die Kurzzeittherapien und ausgebildete DolmetscherInnen werden einbezogen, damit sich die geflüchteten Menschen trotz der Sprachbarriere öffnen können.

Für die Durchführung einer Therapiesitzung werden 60 € benötigt. Das Projektteam bittet um finanzielle Unterstützung: Jeder Euro zählt und auch kleine Beträge leisten einen wichtigen Beitrag! Spenden können Sie über das Spendenkonto der Psychologischen Hochschule Berlin gGmbH, IBAN: DE46 3006 0601 0307 3237 51 oder in der Geschäftsstelle der Linken im Karl-Liebknecht-Haus.

Annika Huhn

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte

der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:

info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet:

www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.:

Thilo Urchs

Satz + Druck:

R. Serinek / Druckerei Bunter Hund, Berlin

Redaktionsschluss:

24.05.2015

Ausgabetag für Nr. 07-08/2016 – 07.07.2016